

## Der Wiener Telephonverkehr.

### Verbot weiterer Installierungen.

Auch das Telephon ist eines jener vielen Objekte, denen alle wirtschaftlichen Kriegswirungen ihren Stempel aufdrücken: die enorm gestiegenen Bedürfnisse der militärischen Zentralstellen nach zahlreichen Telephon-Anschlüssen einerseits, Material- und auch Leute-mangel andererseits stellen an die mit der Leitung des Wiener Telephonbetriebes betraute Abteilung des Handelsministeriums die denkbar größten Anforderungen, um eine wenigstens halbwegs traglose Abwicklung des hiesigen Fernsprecheverkehrs zu ermöglichen. Nichtsdestoweniger macht sich aber immer empfindlicher der Umstand geltend, daß es fast unmöglich geworden ist, neue Anschlüsse zu erhalten oder die Zahl der bereits bestehenden Anschlüsse zu vermehren. Anmeldungen seitens neu eintretender Abonnenten werden überhaupt nicht mehr entgegengenommen.

Ueber die Gründe der derzeitigen Telephonmisse gab ein hoher Funktionär des Post- und Telegraphenwesens einem unserer Mitarbeiter folgende bemerkenswerte Aufschlüsse:

Der Krieg hat an den Wiener Telephonbetrieb besonders weitgehende Anforderungen gestellt. Für die militärischen Zentralstellen, die schon im ersten Kriegsjahr eine bedeutende Erweiterung erfuhrten, sowie für die im Laufe der Kriegszeit in Wien erstandenen Kriegsorganisationen mußten zahlreiche Telephonanschlüsse, deren Zahl in die Hunderte geht, in verhältnismäßig sehr kurzer Zeit neu eingeleitet werden. Dies führte dazu, daß bald mit Ausnahme einiger weniger Reserve-nummern, die für dringende militärische Anschlüsse vorbehalten bleiben mußten, die Umschalter in den derzeit bestehenden staatlichen Telephonzentralen Wiens vollkommen komplett sind. Infolgedessen mußten selbst Einzel-ziemlich wichtige staatliche Ämter Einzelanschlüsse unter Benützung von Gesellschaftstelephonklinken erhalten. Diese Anschlüsse sind wohl, wie die „ganzem“ Telephone, jeder für sich separat, doch gestatten diese Apparate bekanntlich immer nur eine Sprechzeit von je sechs Minuten, nach deren Ablauf ein zeitraubender neuerlicher Anruf an die Centrale mit der Bitte um neuerliche Verbindung erfolgen muß.

Sehr arg leidet der Wiener Telephonverkehr unter dem stets von Monat zu Monat wachsenden **Materialmangel**. Dabei herrscht eigentlich nicht so sehr ein roher Mangel an den Telephonapparaten, da man zahlreiche, in der anspruchsvolleren Friedenszeit anstrangierte alte Apparate nach vorausgegangener Instandsetzung wieder benützungsfähig gemacht hat, als vielmehr an **Leitungsdrähten** und an **Isoliermaterial**.

Seit zwei Jahren schon werden statt der in der Zeit vor dem Kriege in Verwendung gestandenen Kupferdrähte nur mehr Drähte aus Eisen verwendet. Diese Ersatzdrähte eignen sich infolge des großen Leitungswiderstandes, der ihnen eigen ist, nur für kürzere Strecken. Der ziemlich große Vorrat, den man zu Kriegsbeginn an Isolierdrähten hatte, ist in den letzten zwei Jahren arg zusammengeschmolzen, und die Neuherstellung dieser Drähtesorten stößt wegen des fast gänzlichen Fehlens von dem zum Isolieren notwendigen Gummi und Wachs auf große Schwierigkeiten. Es bedarf immer erst recht langwieriger Unterhandlungen mit der Militärverwaltung, um eine Freigabe dieser für den Fernsprechebetrieb unerläßlichen Materialien zu erwirken.

Eine weitere, nur auf das Kriegskonto zu laufende Ersparnismaßnahme ist der Mangel an ständigem sachmännisch geschulten technischen Arbeitspersonal. Die Mehrzahl der mit den Telephonarbeiten betrauten Arbeiter wurde in militärische Telegraphen-, Pan- und Betriebsabteilungen eingeteilt, wo sie in der Etappe oder im besetzten Gebiet Dienst verrichten.

Alle diese Umstände haben dazu geführt, daß die Aufnahme neuer privater Telephonabonnenten bis zum Kriegsjahr eingestellt werden mußte. Es werden jetzt also Anmeldungen von Fernsprechan-schlüssen nur mehr dann angenommen, wenn diese Reinstallierungen nachgewiesenermaßen im staatlichen oder militärischen Interesse liegen. Die Ueberprüfung, ob die Stattgebung derartiger Ansuchen im Interesse des Staates oder der Armee liegt, wird durch die Staatshalterei oder durch das Kriegsministerium besorgt. Kann ein Bewerber um Errichtung eines Telephons einen amtlichen Nachweis über dessen Notwendigkeit nicht beibringen, so wird sein Gesuch schon von der ersten Instanz im Telephonwesen, von der Wiener Post- und Telegraphendirektion, zurückgewiesen.

Die oberste Leitung des Wiener Telephonwesens hofft, durch die Sparte von Neuaufnahmen im Wiener Telephonverkehr im bisherigen Ausmaß über Kriegsdauer auf-gewahrt zu können. Sollte es sich zeigen, daß die Militärverwaltung und die Zivilstaatsbehörden in der Folge unerwartet hohe weitere Anforderungen an den Telephondienst stellen, so ist es nicht ausgeschlossen, daß die Telephonverwaltung von dem in der Fernsprecheordnung vorgesehenen Recht, im Staatsinteresse einzelne Bezugsnummern zu kündigen oder zu sperren, Gebrauch machen wird.

Soweit die Mitteilungen des Telephonfachmannes, aus denen hervorgeht, daß man also auf einen Ansturm des Wiener Telephonverkehrs nicht rechnen darf, sondern im Gegenteil noch froh sein muß, wenn es nicht auch noch zu einer Art „Rationierung“ auf dem Gebiete des Fernsprecheverkehrs kommt.